

BLICK IN DIE GESCHICHTE

Karlsruher stadthistorische Beiträge Nr. 137 · 23. Dezember 2022

Beginn einer badischen SPD-Frauenorganisation

Die erste SPD-Frauenkonferenz in Baden am 23. Juni 1912 von Susanne Asche

Für die Sozialdemokratie spielte bis Beginn des 20. Jahrhunderts die Frage der Geschlechterverhältnisse nur eine nachrangige Rolle, obwohl sie lange Zeit die einzige politische Partei blieb, die explizit das aktive und passive Wahlrecht für Frauen forderte. Die Partei ging davon aus, dass erst mit der Überwindung der Klassenverhältnisse und des Kapitalismus auch die Frauen gleichberechtigte und befreite Menschen würden. Hinzu kam, dass es eine mehrheitlich eher ablehnende Haltung der männlichen Genossen gegenüber den Forderungen nach Gleichberechtigung gab – trotz Parteiprogramm und trotz August Bebels 1879 erstmals erschienenem Werk „Die Frau und der Sozialismus“.

Es bedurfte zahlreicher Diskussionen und Parteitage, bis die SPD einer Frauenorganisation in ihren Reihen zustimmte. Zunächst entwickelte die Partei das System der weiblichen Vertrauenspersonen, denen eine Zentralvertrauensperson mit Sitz in Berlin vorstand. Ab 1900 fand alle zwei Jahre parallel zum Gesamtparteitag eine eigene Frauenkonferenz statt, die vierte 1906 in Mannheim.

Es gab Auseinandersetzungen über die richtige Strategie. In der SPD standen die „Revisionisten“ den Forderungen der „radikalen Frauenrechtlerinnen“ nahe. Sie meinten, dass die Emanzipation der Frauen durch Reformen erreichbar sei und dass daher die SPD-Frauen mit der bürgerlichen Frauenbewegung kooperieren sollten. Das aber war eine Gefahr für die Existenz einer proletarischen Frauenbewegung, für die sich Clara Zetkin sehr deutlich positionierte und einsetzte.

Die Entwicklung in Baden

Auch im Großherzogtum Baden kam es zu Annäherungen zwischen den SPDlerinnen und den bürgerlichen Radikalen, zumal in Baden die Sozialdemokratie insgesamt eindeutig den Reformkurs von Eduard Bernstein wählte und sich damit gegen den revolutionären Ansatz des Parteivorstandes absetzte. Die badischen Sozialdemokra-

tinnen versuchten Frauen zu gewinnen, indem sie Vortragsabende organisierten. Man sprach über politische Fragen, aber auch über Kindererziehung, veranstaltete Familienabende mit musikalischen Beiträgen und Vorträgen, gründete in den großen Städten Kinderschutzkommissionen und wandte sich gezielt an Ehefrauen von Sozialdemokraten, so dass die badische SPD-Frauenbewegung ab 1908 wuchs.

Am 23. Juni 1912 fand dann die erste badischen SPD-Frauenkonferenz in Karlsruhe statt, über die der Volksfreund, die Karlsruher SPD-Zeitung, ausführlich berichtete. Es trafen sich 26 Frauen als Delegierte aus allen Teilen Badens ab 11 Uhr im Gasthaus Auerhahn in der Schützenstraße. Vom Berliner Parteivorstand war Luise Zietz anwesend, die gerade eine Agitationstour in Baden unternahm. Es kamen je fünf Frauen aus Mannheim und Karlsruhe, jeweils vier aus Pforzheim und Hockenheim, drei aus Durlach und jeweils eine aus Freiburg, Offenburg, Lörrach und Schopfheim. Vom badischen Landesvorstand war „Genosse (Georg) Strobel“, der spätere Landtagsabgeordnete und Landesparteivorsitzende (1920–1924) aus Mannheim anwesend, der die Sitzung leitete und für die Tagesordnung zwei Punkte vorschlug: „1. Wie bilden wir die Frauen für die politische Tätigkeit. 2. Diskussion.“

Diese Tagesordnung fand allgemeine Zustimmung, als Beisitzerinnen wurden Therese Blase aus Mannheim und Kunigunde Fischer aus Karlsruhe gewählt. Letztere begrüßte im Namen der Karlsruher Genossinnen und hoffte auf beste Erfolge für die Frauenbewegung durch die Konferenz.

Nun folgte ein eineinhalbstündiges Referat von Luise Zietz, die ausführte, dass die politische Betätigung für Frauen notwendig sei, da der Kapitalismus sie in den Produktionsprozess gezogen habe: „Ein Stein um den anderen ist aus dem Haus gerissen worden, daß die Frau umschloß.“ Daher müsse die Frau Interesse am Staatsleben haben, an dem Koalitionsrecht der Arbeiterinnen, an der Schutz-, Zoll-, Steuer-, Heeres- und Marinepolitik, an der Entwicklung des Schulwesens und der Fabrikinspektion. Zu gewinnen seien die Frauen durch Versammlungs- und Hausagitation, die praktische Schulung der gewonnenen „Genossinnen“ geschehe durch alle Arbeiten der Gesamtpartei. Die theoretische Schulung erfolge vor allem durch Parteiversammlungen, lediglich ergänzt durch Diskussions- und Leseabende. Damit formulierte Luise Zietz das Ziel, die Frauen in die Gesamtpartei zu integrieren. Möglich sei



Arbeiterinnen der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Karlsruhe beim Besuch Großherzogs Friedrich I. im Mai 1895. Foto: Stadtarchiv Karlsruhe



1858 – 1930

Foto: Generallandesarchiv

Marie Gräfin Solms

Über die letzte Bewohnerin des heutigen Gästehauses Solms, die das Gebäude samt Inneneinrichtung und den darin befindlichen Kunstschätzen der Stadt Karlsruhe vermachte, war bisher nur wenig bekannt. Sie wurde am 29. Dezember 1858 als Tochter des Wormser Lederfabrikanten Johann Baptist Doerr und dessen Ehefrau Anna, geb. Reinhart, geboren. Die 1840 gegründete Lederfabrik Doerr & Reinhart entwickelte sich in Worms zur zweitgrößten Lederfabrik der Stadt mit zeitweise 3.000 Beschäftigten. Marie Doerr wuchs mit zwei Schwestern und ihrem Zwillingsbruder in einem großbürgerlichen Haushalt auf und besuchte im Alter von 15 bis 18 Jahren höhere Töchterschulen in Mannheim und Frankfurt. Am 24. April 1884 heiratete sie Max Otto Graf von Solms-Sonnenwalde-Rösa, Abkömmling einer Seitenlinie des weitverzweigten Geschlechts der Grafen von Solms. In dem kleinen Ort Rösa in der preußischen Provinz Sachsen (heute Sachsen-Anhalt) besaß seine Familie ein Schloss und mehrere Landgüter in der Umgebung. Max trat aber in den preußischen Militärdienst ein und überließ die Verwaltung der dortigen Besitzungen wohl weitgehend seinen Verwandten.

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 gehörte er zur deutschen Besatzung des neuen „Reichslands“ Elsass-Lothringen. Um 1890 war er als Hauptmann Adjutant der Gendarmenbrigade in Straßburg. Diese war eine militärische Polizeieinheit, die für Ruhe und Ordnung bei der dortigen Bevölkerung sorgen sollte. Zuletzt war Graf Solms Distriktoffizier dieser Einheit in Metz. 1894 bezogen der Major a. D. und seine Frau in Karlsruhe eine Wohnung in der Stephaniestraße zwischen dem ehemaligen Wohnhaus des Dichters Joseph Viktor von Scheffel und der Münzstätte. Das kinderlose Ehepaar integrierte sich hier schnell in die höhere Gesellschaft. Marie gehörte nun zu einem Kreis wohlthätiger Frauen um die Dichterin Alberta von Freydorf, die gegenüber wohnte und beste Beziehungen zum badischen Hof hatte.

1902 erwarb das Ehepaar das Palais in der Bismarckstraße als standesgemäßen Altersruhesitz. Graf Solms konnte sich allerdings an seinem Besitz nicht lange erfreuen. Er starb 60-jährig schon 1907 an der allergischen Reaktion auf einen Wespentisch. Seine Gattin überlebte ihn um 23 Jahre und wurde noch bis zum Ende der Monarchie wie schon zuvor mit ihrem Gatten häufig zu Jubiläumfesten am badischen Hof eingeladen, wie Einladungskarten im Bestand des Stadtarchivs dokumentieren. In der Zeit der Inflation von 1922/23 verlor die Gräfin dann fast ihr gesamtes Vermögen und konnte den gewohnten Lebensstil bis zu ihrem Tod am 22. April 1930 nur mühsam aufrechterhalten. Immerhin fuhr sie noch in den 1920er Jahren im Einspänner durch die Stadt und verfügte über Dienerschaft, wie alte Fotos ebenfalls zeigen. Peter Pretsch

Fortsetzung Seite 2

auch die Mitarbeit in der Gemeinde und in Kinderschuttkommissionen. Bei der anschließenden Diskussion ging es vor allem um die Frage, wie mehr Frauen für die aktive SPD-Parteiarbeit gewonnen werden könnten. Dabei kam zur Sprache, dass die Männer hin und wieder zu Hause bleiben sollten, damit ihre Frauen an Versammlungen teilnehmen können. Damit griffen die Delegierten ein Thema auf, das auch vielfach im Volksfreund benannt wurde: die spezifische Ausbeutung, die die Arbeiterfrau in der Familie erlebte, da sie häufig hinter den Bedürfnissen ihres Mannes und der Kinder zurückstecken müsse.

Eine Frau im Landesvorstand

Zur Verstärkung der Werbung um die Frauen wurde die Bildung einer Agitationskommission beschlossen. In ihr sollten die weiblichen Vorstandsmitglieder der Wahlkreise und eine Vertretung des Landesvorstandes zusammenkommen. Zudem einigte man sich auf die Einführung von Zusammenkünften der aktiven Genossinnen der einzelnen Kreise, um Erfahrungen auszutauschen. Dies waren Beschlüsse, die ganz klar auf eine verstärkte eigenständige Organisationsarbeit hinviesen. Zudem diskutierten die Delegierten über einen Antrag an den badischen Parteitag, dass künftig eine Frau im Landesvorstand vertreten sein solle. Therese Blase votierte dagegen und schlug vor, dass man lediglich beantragen solle, dass zukünftig eine Frau zum Landesvorstand hinzugezogen werden solle, wenn es um wichtige Fragen für Frauen ginge. Der anwesende „Genosse Dietrich“, vermutlich der spätere zeitweilige Redakteur der Karlsruher USPD-Zeitung Sozialistische Republik Georg Philipp Dietrich, allerdings ermutigte die Frauen, den Antrag auf Mitwirkung einer Frau im Landesvorstand zu stellen. Georg Strobel erklärte sich bereit, auf seinen Vorstands-posten zu verzichten, damit eine Frau aufgenommen werden könne, ohne dass die Zahl der Vor-



Kunigunde Fischer um 1920. Foto: Stadtarchiv

standsmitglieder erhöht werden müsse. Daraufhin wurde beschlossen, den Antrag auf dem Parteitag zu stellen, der dann später auch einstimmig angenommen wurde. Von 1912 bis 1933 war Therese Blase die erste und einzige Frau im Landesvorstand der SPD.

Weiter wurde über den Antrag der Mannheimerin Linda Kehl diskutiert, dass in der sozialistischen Presse – wie in der bürgerlichen – wöchentlich einmal im Feuilleton Fragen der Frauenbewegung aufgegriffen werden sollten. Luise Zietz begrüßte die Aufnahme von Frauenthemen, war aber gegen die Einführung einer Rubrik, da die Frauen dann nur diese und nicht die anderen Seiten lesen würden. Der Redakteur des Volksfreunds Hermann Winter wies darauf hin, dass

solche Artikel schon erschienen seien, lehnte aber eine Rubrik auch ab. Der Antrag wurde daraufhin zurückgezogen.

Ebenso zurückgezogen wurde nach einer Diskussion der Antrag der Mannheimer Delegierten Mössinger, eine Sekretärinnenstelle für Baden zu schaffen, da sowohl Luise Zietz als auch Georg Strobel dafür noch zu wenige SPD-Frauen sahen.

Gegen 17.30 Uhr schloss Strobel die erste badische Frauenkonferenz. Auch über die anschließende öffentliche Frauenversammlung im „Auerhahn“ berichtete der Volksfreund ausführlich. Auf dieser Versammlung, die nicht besonders gut besucht war, referierte Luise Zietz über „Die Frau im wirtschaftlichen und politischen Kampf“ und nannte den Eintritt der Frauen in die SPD eine unbedingte Notwendigkeit.

Erste Erfolge

Die bürgerliche Presse berichtete bis auf die liberale Badische Presse, die immerhin eine kurze Notiz brachte, nicht über diese Versammlung, die für den Beginn eines konsequenten Aufbaus einer eigenen badischen SPD-Frauenorganisation steht. Die Karlsruher erste Frauenkonferenz war dabei eingebunden in die verstärkten Bemühungen der badischen SPD, Frauen als Mitglieder zu gewinnen. Auf dem Offenburger Parteitag am 24./25 August 1912 konnte der Parteivorsitzende Anton Geiß von ersten Erfolgen berichten. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hatte sich in Baden innerhalb eines Jahres mehr als vervierfacht und war von 455 auf 1.989 gestiegen. Dazu beigetragen hatten 130 Frauenversammlungen in diesem Zeitraum und sicher auch die Karlsruher Frauenkonferenz. Die neue Frauenorganisation griff in den kommenden Jahren vor allem Fragen des weiblichen Lebens auf. Sie blieb damit zwar einer eher traditionellen Frauenrolle innerhalb der Partei verbunden, eröffnete aber dennoch eigene Handlungsspielräume und Wirkmöglichkeiten.

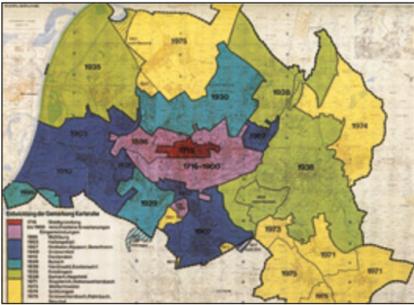
Die Stadt wächst

Eingemeindungen nach Karlsruhe von Ernst Otto Bräunche und Manfred Koch

In den 1970er Jahren wuchs die Stadt durch die Eingemeindung von sechs Nachbarorten, darunter das kurz zuvor aus Grünwettersbach und Palmbach entstandene Wettersbach, um 5.064 ha und rund 31.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Es waren die bis heute letzten, aber natürlich nicht die ersten Eingemeindungen nach Karlsruhe.

Eingemeindungen 1886 bis 1938

Als der Karlsruher Bürgerausschuss am 1. Mai 1885 über die erste Eingemeindung, die der Nachbarstadt Mühlburg, beriet, waren die Argumente dieselben, die im Grunde auch bei allen folgenden immer wieder angeführt wurden. Die Stadt wies zunächst auf die im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl sehr kleine Gemarkung hin. In den ersten 160 Jahren seit der Stadtgründung war diese durch die Vereinigung mit dem gerade selbstständig gewordenen Dorf Klein-Karlsruhe 1812 und vor allem durch herrschaftlichen Grundbesitz von 158 ha auf 790 ha um das Fünffache angewachsen. Dagegen war die Bevölkerung seit 1719 auf mehr als das 25fache angestiegen. Darüberhinaus würden Bewohner im stadtnahen Umland fast alle Vorteile der Stadt genießen wie den Besuch städtischer Schulen, die Benutzung städtischer Straßen und Plätze sowie die Inanspruchnahme der Einrichtungen für „Feuerschutz, öffentliche Sicherheit, Gesundheit und Reinlichkeit“. Darüber bestehe vor allem die Gefahr, dass die Industrie aus der zu engen Stadtgemarkung herausdränge. Abhilfe brachte nun die von Mühlburg letztlich dann selbst initiierte Eingemeindung in die immer näher rückende Residenzstadt. Dies war nach der Städteordnung von 1874 möglich durch die Auflösung einer Gemeinde per Landesgesetz, das nach der Zustimmung der beteiligten Gemeinden auch problemlos gelang. Die Karlsruher Gemarkung wuchs damit am 1. Januar 1886 um 212 ha, die Einwohnerzahl stieg um 4.106 auf 61.078. Doch die Stadt entwickelte sich wie die meisten anderen Städte des Deutschen Reiches in einem geradezu rasanten Tempo weiter. 1901 überschritt sie



Die Entwicklung der Stadtgemarkung seit der Stadtgründung.

Grafik: Vermessungs- und Liegenschaftsamt

die 100.000-Einwohner-Marke und wurde damit 34. deutsche Großstadt. Zu Beginn des Jahres 1907 ließen dann gleich drei Eingemeindungen – Beiertheim, Rüppurr, Rintheim – die Gemarkung um 1.129 ha zunehmen. Damit war die Gemarkungserweiterung vor dem Ersten Weltkrieg aber noch nicht abgeschlossen. Nach nur kurzen Verhandlungen stand der Vertrag mit Grünwinkel im Jahr 1909. Zu diesem Zeitpunkt liefen auch die Verhandlungen mit Daxlanden bereits seit mehreren Wochen, durch dessen Eingemeindung die Karlsruher Gemarkung zum 1. Januar 1910 um knapp 2.100 ha auf 4.431 ha anstieg und sich damit seit der Stadtgründung nahezu verdreifacht hatte, wozu die Eingemeindungen zu fast 60 Prozent beigetragen hatten.

In der Weimarer Republik gab es nur eine Eingemeindung, die Bulachs zum 1. Januar 1929, obwohl der 1926 veröffentlichte Generalbebauungsplan wieder den Blick auf die benachbarten Gemeinden als Teil des Karlsruher Wirtschaftsraums gelenkt hatte. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme waren die z. T. langwierigen Verhandlun-

gen mit den einzugemeindenden Orten weitgehend obsolet, da Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner „Karlsruhe am Rhein“ zu Residenz des südwestlichen Kulturgauses als eines von drei Bollwerken an der Grenze zu Frankreich – Freiburg, Karlsruhe und Saarbrücken – ausbauen wollten. So wurden trotz zum Teil heftigen Widerstands drei Orte zwangseingemeindet, die unter anderen Rahmenbedingungen vor 1933 noch von sich aus Gespräche über eine Eingemeindung angeregt und geführt hatten, Knielingen zum 1. April 1935, Durlach und Hagsfeld zum 1. April 1938.

Eingemeindungen nach 1945

In den Nachkriegsjahren waren weitere Eingemeindungen zunächst kein Thema. Die Stadt musste im Gegenteil Ausgemeindungsbestrebungen von Durlach und Knielingen abwehren. Als aber mit dem Wirtschaftswunder nach Gründung der Bundesrepublik auch Umland in nahezu allen planerischen Bereichen der Raumordnung enger zusammenarbeiten mussten, zog Oberbürgermeister Günther Klotz daraus den Schluss, dass die Gemarkung durch freiwillige Eingemeindungen erweitert werden müsse. Im Februar 1962 waren Grötzingen, Forchheim, Neureut und Wolfartsweier im Gespräch. Nach der einhelligen Ablehnung in diesen Gemeinden, im Kreistag und im Landratsamt wurde aufgrund der planerischer Notwendigkeiten über die jeweiligen Gemeindegrenzen hinaus im November 1964 zumindest ein Vertrag über eine gemeinsame Raumordnungsplanung verabschiedet.

Im Zuge der Beratungen über Gebiets- und Verwaltungsreformen leitete das Land Baden-Württemberg am 26. September 1967 mit dem Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden in Baden-Württemberg dann eine Gemeindereform ein. Neben den Landes- gab es natürlich auch spezifisch Karlsruher Interessen. Oberbürgermeister Otto Dullenkopf brachte dies auf den Punkt: „Karlsruhe braucht einfach Raum, und zwar zuallererst für Wohnungen. Sonst ver-

ödet die Stadt zu einer Zentralfunktionsapparatur für das Umland, das sein eigenes Wachstum bestaunt und die Ursachen dafür vergißt“.

Im Juli 1973 beschloss die Landesregierung nach Anhörung aller Beteiligten die Zahl von 8.000 Einwohner als Mindestgröße selbstständiger örtlicher Verwaltungseinheiten. Für eine Eingemeindung kamen nach wie vor für Karlsruhe im Norden Neureut und Blankenloch, im Süden Forchheim und im Osten Grötzingen und Wolfartsweier sowie die Bergdörfer Stupferich, Palmbach, Grünwettersbach und Hohenwettersbach in Frage. Blankenloch und Forchheim waren bald nach den Verhandlungen im Verwaltungsreformausschuss des Landtages 1973 nicht mehr im Rennen. Das „größte Dorf Baden-Württembergs“ Neureut mit knapp 14.000 Einwohnern sollte allerdings entgegen dem Beschluss des Landtagsausschusses und trotz einer nahezu einhelligen Ablehnung im Ort selbst nach dem Willen der Landesregierung wegen der bereits bestehenden Verflechtungen mit der Stadt weiterhin nach Karlsruhe eingemeindet werden. Zu diesem Zeitpunkt war der Zusammenschluss mit Stupferich, Hohenwettersbach und Wolfartsweier bereits weitgehend problemlos vollzogen. In Wolfartsweier hatte es zwar eine Bürgerbefragung gegeben, die mit einer deutlichen Mehrheit gegen die Eingemeindung geendet, aber nicht verhindert hatte, dass sich der dortige Gemeinderat letztlich für die Eingemeindung aussprach. Als im September 1972 klar wurde, dass das baden-württembergische Innenministerium eine „Regelung des Stadt-Umland-Problems in Karlsruhe“ anstrebe, bei der davon auszugehen war, das Wolfartsweier auf jeden Fall eingemeindet werde, signalisierte Karlsruhe, dass man selbst keine Initiative mehr ergrei-

„Häuser denen, die drin wohnen“

Die Hausbesetzung in der Stephaniensraße von Alexandra Kaiser

Bei dem Stichwort Hausbesetzungen denken die meisten sicher an das Frankfurter Westend, Berlin Kreuzberg oder die Hamburger Hafenstraße. In Karlsruhe ist aber bis heute die Steffi in der Stephaniensstraße 60-64 fest im kollektiven Gedächtnis verankert. Am 30. November 1990 wurde das Haus von circa 100 Personen besetzt. Das Gebäude, eine ehemalige zahntechnische Fabrik, mit über 2.000 Quadratmetern Nutzfläche war seit 1978 im Besitz der Evangelischen Stadtmission und stand zuvor zwölf Jahren leer.

Vorbereitung und Ziele der Besetzung

Die Besetzung der „Steffi“ war circa vier Monate lang von einer Gruppe konspirativ vorbereitet worden, darunter viele ehemalige Bewohner und Bewohnerinnen der in Karlsruhe geräumten Häuser und Aktive aus dem MieterInnenladen. Zur damaligen Zeit standen verschiedene Gebäude in der Karlsruher Innenstadt leer, ein übergeordnetes Ziel der Besetzungsaktion war daher, auf den Leerstand und den daraus resultierenden fehlen-



Fest zur fünfjährigen Besetzung der Steffi, 1995 Foto: Stadtarchiv Karlsruhe

fe, aber bereit sei, am ausgehandelten Vertragsentwurf ohne Abstriche festzuhalten.

Auch in Grötzingen und Wettersbach, das 1972 aus dem Zusammenschluss von Grünwettersbach und Palmbach entstanden war, setzten sich nach längerem Ringen jene Kräfte durch, die einen freiwilligen Zusammenschluss vor Ablauf der Frist am 1. Januar 1975 herbeiführen wollten. Einzig Neureut zog mit einer Klage gegen das Schlussgesetz zur Gemeindereform vom 19. Juli 1974 vor den Staatsgerichtshof. Dieser entschied am 14. Februar 1975 allerdings endgültig gegen die Gemeinde Neureut.

Mit der Eingemeindung dieser sechs, wenn man Grünwettersbach und Palmbach getrennt zählt, sieben ehemals selbstständigen Gemeinden hatte Karlsruhe seine aktuellen Gemarkungsgröße von 17.346 ha erreicht, wozu die Eingemeindungen mit etwa 73 Prozent beigetragen haben. Die Karlsruher Gemarkung hatte sich damit seit der Stadtgründung um mehr knapp das 110-fache vergrößert. Die mit den Gemeinden ausgehandelten Eingemeindungsverträge mit z. T. erheblichen Investitionszusagen belegen das starke Interesse der



Demonstration in Neureut gegen die Eingemeindung nach Karlsruhe am 13. März 1973. Foto: Schlesiger/Stadtarchiv Karlsruhe

Stadt Karlsruhe an diesen Eingemeindungen. Die neuen Stadtteile bekamen mit der Ortschaftsverfassung einen Ortsvorsteher bzw. eine Ortsvorsteherin und durch die übergangsweise eingeführte unechte Teilerwahl einen Sitz im Karlsruher Gemeinderat. Obwohl es nicht gelungen war, wie beabsichtigt auch Forchheim und Blankenloch einzugemeinden, gehören diese Eingemeindungen zu den großen Erfolgen Otto Dullenkopfs, der mit Geduld, Kompromissbereitschaft und Hartnäckigkeit die von seinem Vorgänger Günther Klotz begonnenen Verhandlungen geführt und erfolgreich abgeschlossen hatte.

den Informationen ausgetauscht, Demonstrationen vorbereitet und politische Aktionen geplant, die Karlsruher Antifa hatte hier ihr Zentrum. Im Keller gab es einen Raum für Konzerte und die legendäre Haifischbar, außerdem ein offenes Café im Erdgeschoss. Ein sonntäglicher Frühstückerstreff und die Volxxküche, die aus dem Stüdstatforum hierher umgezogen war, gehörten ebenfalls zum Angebot für Gäste. Neben Konzerten, Partys und Verpflegung gab es regelmäßig politische Veranstaltungen, Filmabende und Diskussionen. Dies hatte die rechte Szene fest im Blick. Es gingen Drohbriefe auch von Hooligans ein, es kam zu Anschlägen und Überfällen.

Vorzeitige Kündigung durch die Stadtmission

Anders als vertraglich vereinbart, kündigte die Stadtmission den Nutzungsvertrag aber bereits zum 31. Juli 1992 wieder. Am 18. Dezember 1992 gab das Amtsgericht der Räumungsklage schließlich statt. Gegen das Urteil legten die Steffi-Bewohner am Landgericht Berufung ein. Als Begründung für die Kündigung führte die Klägerin ein „unzumutbares Vertragsverhältnis“ und Vertragsbrüche wie das Aushängen von Transparenten an. Im Mai 1993 endete die gerichtliche Auseinandersetzung mit einem Vergleich: Transparente an der Hausfassade wurden verboten und von der Stadtmission beauftragten Personen musste nach Anknüpfung Zutritt gewährt werden. Im Gegenzug wurde gerichtlich festgelegt, dass die Stadtmission eine Kündigung mit sechswöchiger Räumungsfrist erst dann aussprechen durfte, wenn eine Baugenehmigung vorlag – im Grunde wurden so die Bestimmungen des vorherigen Vertrags wieder in Kraft gesetzt.

Gut drei Jahre blieb es in der Auseinandersetzung mit der Stadtmission dann relativ ruhig. Am 22. Juli 1997 wurden die Steffi-Bewohner und Bewohnerinnen – inzwischen war ihre Zahl auf knapp 60 angewachsen – schriftlich aufgefordert das Gebäude innerhalb der gerichtlich festgelegten sechs Wochen zu räumen. Die Stadtmission hatte für die Stephaniensstraße 56-64 einen Bauantrag eingereicht. Am 30. August demonstrieren nach einem bundesweiten Aufruf über 1.000 Men-

Fortsetzung Seite 4

schen gegen die bevorstehende Räumung. In der Steffi begannen der Barrikadenbau und die Vorbereitungen auf die befürchtete gewaltsame Räumung durch die Polizei. Entgegen der ursprünglichen Positionierung kippte im Laufe des Sommers innerhalb der Steffi allerdings die Stimmung und als am 25. August, eine Woche vor Ende der Räumungsfrist, die Stadtverwaltung Verhandlungen über ein Ersatzobjekt anbot, stimmten die Bewohnerinnen und Bewohner nach kontroversen internen Diskussionen schließlich mehrheitlich dafür. Am 5. September nahm die Steffi-Vollversammlung den auf drei Jahre befristeten Vertrag mit der Stadt zur Überlassung der Schwarzwaldstraße 79 als Alternativobjekt an.

Die Ex-Steffi in der Schwarzwaldstraße

Am 15. September erfolgte der Umzug, dem sich allerdings weitaus nicht alle anschlossen. Damit ging die Geschichte der Steffi in der Schwarzwaldstraße als Ex-Steffi weiter. Die politische Arbeit und regelmäßige Veranstaltungen aus der Stephaniestraße wurden fortgesetzt. Erhalten blieben die Konflikte über Rechte und Pflichten – nun direkt mit der Stadt als neuer Vermieterin, u. a. über die Nutzung der von der Hochschule für Gestaltung (HfG) genutzten Flügel des Gebäudes Schwarzwaldstraße 79. Als die Stadt die Inneneinrichtung in dem Flügel nach Auszug der HfG am 16. Dezember 2000 durch Polizeieinheiten zerstören und einige Tage später Fenster und Türen zumauern ließ, gab es deutliche Kritik im Gemeinderat, als die Fraktionsvorsitzende der Grünen Christa Caspari, die Aktion eine „völlig überzogene Machtdemonstration“ nannte. Das Badische Tagblatt titelte „Zerstörung aus Sorge um Investoren?“ und die Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) schrieben von einer „Nacht- und Nebel-Aktion“. Eine, wenngleich kurze Besetzung des HfG-Flügels fand zwei Jahre später dann tatsächlich noch statt. Am 3. Januar 2003 ließ die Stadt die Besetzung durch Polizeikräfte beenden und die Räume anschließend gleich wieder zumauern.

Bereits im Mai 2002 hatte die Stadt in einem Schreiben an die Ex-Steffi-Bewohner angekündigt, dass der Mietvertrag nach Auslaufen im Sep-



Ex-Steffi in der Schwarzwaldstraße 79, Foto 2003

Stadtarchiv Karlsruhe

tember 2003 auf keinen Fall verlängert werden könnte. Am 4. Oktober 2003 fand eine erste Demonstration durch die Karlsruher Innenstadt für den Erhalt der Ex-Steffi statt. Ein Angebot der Ex-Steffi, das Gebäude gemeinsam mit dem Freiburger Mietsyndikat für eine Million Euro zu kaufen, wurde nicht aufgegriffen. Am 27. Juli 2004 begann der „Prozess zur Güte“ zwischen der Ex-Steffi bzw. dem Verein für selbstbestimmtes Leben und der Stadt vor dem Landgericht. Die gerichtliche Auseinandersetzung endete beim zweiten Güteverfahren am 18. August 2004 mit einem Vergleich: Das Wohnrecht für die Ex-Steffi wurde ein weiteres Mal bis zum 31. Januar 2006 verlängert, wobei Neueinzüge ausgeschlossen waren. Außerdem musste weiterhin Miete gezahlt werden. Eine Lösung des Konflikts war damit aber nicht gefunden.

Nach Auslaufen der Duldungsfrist am 31. Januar 2006 war die Ex-Steffi de facto (wieder) ein besetztes Haus. Am 17. Februar 2006 erklärte die Stadt die Gespräche schließlich für gescheitert. Während

man in der Ex-Steffi offenbar immer noch hoffte, die Räumung doch wieder „irgendwie“ abwenden zu können, machte die Stadt am 6. April 2006 ernst und ließ am frühen Morgen durch Einheiten der Bereitschaftspolizei räumen. Die Räumung verlief ohne aktiven Widerstand der Bewohner und Bewohnerinnen, 21 Personen wurden vorläufig festgenommen. Noch am Abend der Räumung fanden auf dem Karlsruher Marktplatz sowie in einigen weiteren Städten Protest- und Solidaritätskundgebungen statt. Wenige Tage nach der Räumung erfolgte der Abbruch des Gebäudes. Die Ex-Steffi als eine für Karlsruhe prägende politische und (sub-)kulturelle Institution und zugleich das „letzte große selbstverwaltete Wohn- und Kulturprojekt in Süddeutschland“ war damit Geschichte.

Ausführlich zum Thema informiert der Beitrag der Autorin: „Hausbesetzungen und alternative Wohn- und Kulturprojekte seit den 1980er Jahren in Karlsruhe“, in: Manfred Koch (Hrsg.): „Bewegte Zeiten“. Beiträge zur Karlsruher Stadtgeschichte, Ubstadt-Weiher u. a. 2022, S. 133–162 (= Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte. Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe Band 21).

Carlsruher Blickpunkte

Vom Adelspalais zum städtischen Gästehaus von Peter Pretsch

Der Bauherr des herrschaftlich wirkenden Gästehauses der Stadt Karlsruhe an der Ecke Reinhold-Frank- und Bismarckstraße war der Lahrer Kartonagen-Fabrikant Georg Heimbürger, der sich in Karlsruhe nach dem wohl lukrativen Verkauf seines Unternehmens 1882 zur Ruhe setzte und forthin ein Leben als „Privatier“ führte.

Architekt Gustav Ziegler erbaute 1881/82 das so genannte „Palais Heimbürger“ als standesgemäßen Wohnsitz für den ehemaligen Fabrikbesitzer. Die Fassade wird durch Doppelrundbogenfenster und an beiden Schauseiten durch Mittelrisalite und einen Eckrisalit, die im Obergeschoß als Säulenportika ausgebildet sind, gegliedert. Die Risalite werden durch Segmentgiebel, in denen sich Reliefs mit Allegorien zu Handel und Industrie befinden, bekrönt.

Die Innenarchitektur des Palais Solms entspricht heute noch teilweise der äußeren Gestalt des Hauses. Der Schwiegersohn Heimbürgers, der Direktor der Kunstgewerbeschule Prof. Hermann Götz entwarf sie. Nach dem Tode des Bauherrn 1895 bewohnte er auch das Palais. So wurden die Stuck- und Holzdecken sowie die Wandverkleidungen nach seinen Entwürfen gefertigt. Die Möblierung der Innenräume im historistischen Stil wurde von den letzten Bewohnern des Palais, Graf und Gräfin Solms, übernommen und ergänzt.



Foto: Stadtarchiv um 1935

Nach dem Tode von Prof. Götz erwarben die Eheleute 1902 das Palais Heimbürger, das von nun an den Namen Solms trug. Hier entfalteten sie eine wahre Sammlerleidenschaft für Kleinkunstwerke, Erzeugnisse alter Silberschmieden und Porzellanmanufakturen sowie für antike Möbelstücke. Außerdem statteten sie das Gebäude mit Familienportraits und Gemälden bekannter Künstler aus. Nach dem Tode des Grafen 1907 führte seine Witwe Marie weiterhin ein großes Haus und war auch durch ihre häufigen Theaterbesuche eine stadtbekanntere Erscheinung. 1923 war sie wegen der Inflation gezwungen, ihren noch zu Lebzeiten ihres Mannes an die Stadt Karlsruhe testamentarisch vermachten Besitz nun doch an diese zu verkaufen. Nach ihrem Tode am 22. April 1930 richtete die Stadt das Gebäude als Museum ein. Im Erdgeschoß blieben die grafischen Repräsentationsräume mit den Kunstgegenständen als „Solms-Muse-

um“ weitgehend erhalten. Im Obergeschoß baute man eine Gedenkausstellung für den Dichter Josef Viktor von Scheffel auf, dessen Denkmal sich seit 1892 unweit des Palais Solms auf dem Scheffelfplatz befindet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden hier auch noch vorübergehend das Stadtarchiv und die stadtgeschichtlichen Sammlungen untergebracht. Die Repräsentationsräume im Erdgeschoß dienten der Stadtverwaltung seit 1946 für Besprechungen und Empfänge. Außerdem wurde dort das Trauzimmer mit dem aus dem 1944 ausgebrannten Rathaus geretteten Trausaalmobiliar eingerichtet, das Prof. Götz 1899 entworfen hatte und das bei der Weltausstellung der Jahrhundertwende in Paris mit dem 1. Preis ausgezeichnet worden war. 1960/61 hat man das Palais einer Neugestaltung im Innern unterzogen. Das Trausaalmobiliar aus dem Rathaus wurde wieder entfernt und der Raum als Trauzimmer neu eingerichtet, aber die alte Einrichtung in den übrigen Räumen im Erdgeschoss im Wesentlichen belassen. Einige wertvolle Möbel und viele Sammlungstücke befinden sich aber heute im Bestand des Stadtmuseums, ein Großteil der Familienportraits und der Gemälde renommierter Künstler wanderten in das Magazin der Städtischen Galerie. Das Obergeschoß konnte man, nachdem das Stadtarchiv und das Scheffelmuseum ausgezogen waren, für große Empfänge völlig neu ausbauen. Seitdem werden im Palais Solms auch Entscheidungen der Kommunalpolitik besiegelt, verdiente Mitbürger und Mitbürgerinnen geehrt und nach wie vor im glamourösen Ambiente standesamtliche Trauungen vollzogen. Das unter Denkmalschutz stehende Gästehaus Solms mit seinen komfortablen Einrichtungen ist so seit Jahrzehnten zu einer beliebten Stätte für Zusammenkünfte aus vielerlei Anlass geworden, hat aber noch das Flair seiner Vergangenheit bewahren können.

Herausgeber / Redaktion: Dr. Ernst Otto Bräunche
Dr. Manfred Koch
Herstellung: Badendruck
„Blick in die Geschichte“ online ab Nr. 61/2003
unter: www.karlsruhe.de/b1/stadtgeschichte/blick_geschichte/ausgaben.de